

BRANCHENNEWS

Hamburger Gastro-Szene kämpft für sieben Prozent



Sie sprechen sich für den Erhalt der sieben Prozent Mehrwertsteuer aus (von links nach rechts): Oliver Klug, Markus Schreiber und Kemal Üres / Foto: Vereint für die Gastro e. V.

„Die Gastro-Vielfalt in unseren Städten und Dörfern darf nicht kaputtgehen“, sagt Kemal Üres, der mehrere Restaurants in Hamburg betreibt und vor einigen Wochen die Initiative Vereint für die Gastro ins Leben gerufen hat. Am 26. Oktober waren Üres und seine Mitstreiter im Schanzenviertel unterwegs, um für ihr Anliegen zu trommeln: die Beibehaltung des reduzierten Steuersatzes von sieben Prozent auf Speisen, die in Restaurants, Cafés oder auch Döner-Läden verzehrt werden, über 2023 hinaus.

Die rot-weißen Poster und Aufkleber der Initiative sind seitdem in der Schanze, vor allem in der Susannenstraße, nicht zu übersehen: Zahlreiche Gastronomiebetriebe haben sie an ihren Fenstern, den Außen- und Innenwänden und auf Tischen angebracht und wurden so ein Teil der Bewegung Vereint für die Gastro. Selbst ihre Logos haben die Betriebe zum Teil überklebt. Restaurantgäste, Passanten und die Politik sollen so auf die drohende Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent aufmerksam gemacht werden. Viele Einzelhändler in der Schanze zeigten sich solidarisch und hängten ebenfalls Plakate an und in ihren Räumlichkeiten auf.

Wenn Speisen zum 1. Januar noch teurer würden, könnten sich noch weniger Menschen einen Restaurantbesuch leisten – dies ist die große Sorge der Gastronomie in ganz Deutschland. Es drohe vielen die Schließung. Da fast alle Restaurants, Cafés und Bistros nach drei Krisenjahren kaum oder gar keine Rücklagen hätten, könnten sie auch nicht darauf verzichten, die höhere Mehrwertsteuer an die Gäste weiterzureichen.

Verständnis für die Sorgen der Gastronomen hat auch die Hamburgische Bürgerschaft: Sie

habe sich bereits mehrheitlich für die Beibehaltung der sieben Prozent Mehrwertsteuer ausgesprochen, sagte der SPD-Abgeordnete Markus Schreiber am Donnerstag. Er war bei der Plakataktion vor Ort und betonte: "Die sieben Prozent müssen bleiben, weil wir uns 19 Prozent nicht leisten können. Gerade die kleinen, familiengeführten Betriebe würde die Erhöhung am härtesten treffen."

Dass ein breites Bündnis für die Mission "7 Prozent müssen bleiben" kämpft, zeigte auch die Anwesenheit des Pressesprechers von Lieferando, Oliver Klug. "Wir unterstützen die Forderung und stehen dabei klar an der Seite der Gastronomie. Restaurantbesuche müssen erschwinglich bleiben und es geht um die Vielfalt des ganzen Gewerbes", so Klug. "Der Außer-Haus-Verkauf mittels Lieferando wäre von der Erhöhung zwar nicht betroffen, aber wir fördern eine lebendige Gastronomie, zu der das Bewirtungserlebnis vor Ort gehört."

Üres würde sich über weitere Mitstreiter freuen: "Gastronomie, Medien, Politik, die gesamte Gesellschaft – wir alle müssen jetzt zusammenstehen und die 19 Prozent verhindern!"

Aktionsmaterial könne auf der Website